

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Thomas Rachel, Ilse Aigner, Dr. Maria Böhmer, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Norbert Hauser (Bonn), Dr.-Ing. Rainer Jork, Steffen Kampeter, Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Forschungsförderung in Deutschland

Forschung ist die entscheidende Quelle für neues Wissen. Seine Anwendung im Produktionsprozess hat wachsende Bedeutung. In den modernen Volkswirtschaften wird das Wirtschaftswachstum zunehmend von immateriellen Wirtschaftsgütern getrieben. Ob neue Forschungsergebnisse auch tatsächlich in innovative Produkte und Wachstum umgesetzt werden, hängt von einer Vielzahl von Bedingungen ab, die mit der Forschungstätigkeit nur bedingt etwas zu tun haben. Ein flexibler Arbeitsmarkt, ein funktionierender Wettbewerb und Kapitalmarkt gehören zum Beispiel zu den Rahmenbedingungen, die für das Wirtschaftswachstum entscheidend sind.

Die Durchführung der Forschung erfolgt in Deutschland (gemessen an den Ausgaben) zu 70 % im Wirtschaftssektor, die übrige Forschung ist im Staatssektor des Bundes und der Länder angesiedelt. Im Wirtschaftssektor soll der Wettbewerb als Ordnungsprinzip zu einer optimalen Allokation der Ressourcen führen. Bei der direkten Forschungsförderung des Staates im zivilen Bereich müssen dagegen die Ordnungsprinzipien Wettbewerb und Subsidiarität beachtet werden, um eine Fehlleitung von Mitteln zu vermeiden. Eine gezielte Projektförderung der Wirtschaft ist nur in Bereichen zu vertreten, wo der weltweite Wettbewerb nicht funktioniert. Dies ist derzeit zum Beispiel der Fall bei der Luft- und Raumfahrtforschung und der Entwicklung von Halbleitern.

Staatlicher Handlungsbedarf ist auch im Bereich der Vorsorgeforschung (z. B. Umwelt, Gesundheit) erforderlich, wo die Wirtschaft keine oder nicht ausreichende Forschungstätigkeit entfaltet.

Ein klares Konzept für die Ziele und Instrumente der Forschungspolitik der Bundesregierung ist nicht erkennbar. Die Aufgabenverlagerung von Teilen der Forschungsförderung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Ende 1998 hat zu mehr Verwaltung, Kompetenzüberschneidungen und zu einer Vielzahl neuer Fördermaßnahmen bei insgesamt stagnierenden Projektmitteln geführt, wobei die gewünschten Synergieeffekte nicht erkennbar sind. Im internationalen Vergleich sind nach wie vor die Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung in Deutschland zu gering. Die politische Strategie

müsste deshalb auf eine Stärkung der Forschungstätigkeit der Wirtschaft ausgerichtet sein; dies ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil, es wird die Forschungstätigkeit der Wirtschaft vom Arbeitsrecht bis zu den steuerlichen Rahmenbedingungen behindert. Zahlreiche kleine Programme zur Innovationsförderung in der Wirtschaft beschränken sich auf das Verteilen von bescheidenen Finanzmitteln mit hohem Verwaltungsaufwand und erreichen nur einen Bruchteil der forschenden Wirtschaft.

Wir fragen die Bundesregierung:

A. Politische Rahmenbedingungen und Finanzierung der Forschung

1. Welche forschungspolitischen Ziele und Prioritäten verfolgt die Bundesregierung seit November 1998, und welche konkreten Maßnahmen hat sie zum Erreichen dieser Ziele seither eingeleitet?
2. Wie viele Forschungs-/Förderprogramme, Förderschwerpunkte und sonstige Initiativen zur Forschungsförderung (Leitprojekte, Wettbewerbe etc.) bietet die Bundesregierung derzeit an, und wie haben sich die Zahlen seit 1998 entwickelt?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die Ende 1998 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeiten für die indirekte Innovations- und Technologieförderung, die Existenzgründerförderung, die Förderung der Luftfahrtforschung und der Energieforschung sowie für Medienrecht und Multimediaförderung in der Wirtschaft vom BMBF auf das BMWi?

Hat sich diese Verlagerung bewährt, oder beabsichtigt die Bundesregierung diese – zumindest in Teilen – rückgängig zu machen?

Haben sich die gewünschten Synergieeffekte eingestellt, und wenn ja, worin bestehen sie?
4. Welchen Stellenwert nimmt aus der Sicht der Bundesregierung die Förderung der Grundlagenforschung ein und wie hoch ist der Anteil der Förderung in diesem Bereich im Vergleich zur Forschungsförderung insgesamt?
5. Welche konkreten Folgerungen hat die Bundesregierung für die deutsche Forschungslandschaft aus den seit 1998 vorliegenden Evaluierungen des Wissenschaftsrates gezogen?
6. Wie will die Bundesregierung den Wettbewerb unter den Forschungseinrichtungen stärken und was hat sie konkret seit 1998 hierzu unternommen?
7. Durch welche Maßnahmen wurden den institutionell geförderten Einrichtungen größere Spielräume bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel gewährt?
8. Inwieweit wird der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung bei der Forschungsförderung der Bundesregierung insgesamt verfolgt?
9. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung seit 1998 auf den verschiedenen EU-Ebenen zur Gestaltung der europäischen Forschungspolitik eingebracht?
10. Wie haben sich die realen Forschungsausgaben in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt, und welchen Beitrag hat die Wirtschaft bei der Finanzierung und Durchführung der Forschung geleistet?
11. Welchen Anteil hat die zivile Forschungsförderung des Staates (Bund, Länder und Kommunen) in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zu den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Schweden und Finnland?

12. Wie beurteilt die Bundesregierung den Forschungsaufwand der Wirtschaft in Deutschland im Vergleich zu diesen Staaten?
13. Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen die Forschungstätigkeit der Wirtschaft?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das geltende Patentrecht, Arbeitsrecht, Steuerrecht und die Bedingungen des Kapitalmarktes?
15. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um auf diesen Gebieten nicht nur ein forschungsfreundlicheres Klima in Deutschland zu schaffen, sondern auch Innovation im weitesten Sinne zu fördern?

B. Forschungsverwaltung

16. Wie viele Mitarbeiter sind im BMBF und im BMWi derzeit mit der Durchführung der in Frage 2 genannten Fördermaßnahmen befasst und wie haben sich diese Zahlen seit 1998 entwickelt?
17. Welche internationalen Büros, EU-Beratungsstellen und sonstigen Verwaltungseinheiten sind im Auftrag der Bundesregierung in Deutschland tätig (Namen, Aufgaben, Personenzahl und Aufwand)?
18. Welche Projektträger sind für das BMWi und das BMBF im Rahmen der Forschungs- und Innovationsförderung tätig, dargestellt nach Aufgaben, Personenzahl und Finanzausstattung pro Jahr?
Wie hat sich die Zahl dieser Projektträger und der Mitarbeiter seit 1998 entwickelt?
19. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1998 zur Verwaltungsvereinfachung bei der Projektförderung getroffen?
20. Wie hat sich die durchschnittliche Dauer von Bewilligungsverfahren seit 1998 entwickelt, und gibt es dabei wesentliche Unterschiede nach Förderbereichen?

C. Einzelne Förderbereiche

I. Großgeräte der Grundlagenforschung

21. Von welchen Beratungsgremien/Empfehlungen lässt sich die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung über die Förderung von Großgeräten für die Grundlagenforschung sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich leiten?
22. Welche Entscheidungen für die Neu-/Ersatzbeschaffung von Großgeräten für die Grundlagenforschung stehen in den nächsten 3 Jahren an?
23. In welcher Höhe hat die Bundesregierung die Forschung an Großgeräten der Grundlagenforschung seit 1998 pro Jahr gefördert (aufgeschlüsselt nach Investitionen, laufenden Kosten, Förderung der an diesen Geräten durchgeführten Forschungsprojekte)?

II. Umweltforschung/Sozialwissenschaften

24. Welche Investitionsvorhaben fördert die Bundesregierung im Bereich „Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung“ und wie hoch waren die dafür tatsächlich verausgabten Fördermittel pro Jahr?

Warum ist der entsprechende Titelantrag für den Einzelplan 30 im Haushaltsentwurf 2002 rückläufig?

25. Welche Projekte fördert die Bundesregierung im Bereich der sozial-ökologischen Forschung seit 1998, und wie hoch waren die dafür tatsächlich verausgabten Fördermittel pro Jahr?
26. Welche Projekte fördert die Bundesregierung im Bereich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit 1998 außerhalb der Deutschen Stiftung Friedensforschung, und wie hoch waren die dafür tatsächlich verausgabten Fördermittel pro Jahr?

III. Energieforschung

27. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bei der staatlichen Förderung der Energieforschung, und welche Maßnahmen hat sie im Einzelnen seit 1998 in diesem Bereich eingeleitet?
28. Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag ein neues Energieforschungsprogramm vorlegen?
29. In welcher Höhe hat die Bundesregierung die Energieforschung seit 1998 gefördert, aufgeschlüsselt nach Jahren, Bundesressorts, Projektförderung, Großforschungseinrichtungen, sonstigen staatlichen Forschungseinrichtungen und Beiträgen an ausländische oder internationale Organisationen?
30. In welchem Umfang fördert das BMBF die Energieforschung seit 1998, jährlich nach Sachgebieten, Institutionen und Förderbeträgen gegliedert?
31. In welchem Umfang fördert das BMWi die Energieforschung seit 1998, jährlich nach Sachgebieten, Empfängern und Förderbeträgen gegliedert?
32. Wie hoch sind die Aufwendungen der Bundesländer im Bereich der Energieforschung (aufgeschlüsselt nach Ländern), und in welche Bereiche der Energieforschung fließen diese Mittel?
33. Wie wird die Forschungsförderung bezogen auf die spezifischen Themenbereiche und Forschungsprojekte zwischen BMWi und BMBF im Einzelnen abgestimmt?
34. Welche Synergieeffekte ergeben sich aus der Ende 1998 erfolgten Verlagerung der Projektförderung vom BMBF auf das BMWi?
35. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zum Beitrag Deutschlands in der Kernfusionsforschung, und wird sie die Förderung der Kernfusionsforschung auf dem erreichten Niveau halten?
36. Fördert die Bundesregierung im Rahmen der Kernfusionsforschung auch Forschungsprojekte, die sich mit den Fragen der Entsorgung von Fusionsreaktoren beschäftigen?
Wenn ja, welche Beträge wurden hierfür jährlich seit 1998 eingesetzt?
37. Wie will die Bundesregierung einen Know-how-Verlust im Bereich erneuerbare und umweltschonende Energien und rationelle Energienutzung vermeiden und ihr Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien im Energiemix zu steigern, erreichen, angesichts der Tatsache, dass die Fördermittel in diesem Bereich im Haushaltsentwurf 2002 deutlich sinken?

IV. Biotechnologie/Gesundheitsforschung

38. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Biotechnologie im Hinblick auf die wirtschaftliche und wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei?
39. Welche Finanzmittel werden von Seiten des Bundes und der Länder zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland für Biotechnologie eingesetzt?

40. Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. Genehmigungsverfahren, Patentrecht) für die Anwendung der Biotechnologie in Deutschland?
41. Wie wirken Bund und Länder bei der Förderung der Biotechnologie einschließlich der Gestaltung der Rahmenbedingungen zusammen, und welche neuen Initiativen plant die Bundesregierung in diesem Bereich?
42. Wie viele Freilandversuche für gentechnisch veränderte Pflanzen sind in Deutschland, Frankreich und den USA seit 1997 beantragt und genehmigt worden?
43. Was hat das für Innovation zuständige BMWi seit 1998 konkret unternommen, um Hemmnisse bei der Nutzung der Biotechnologie in Deutschland abzubauen?
44. Wird die Bundesregierung die verstärkte Förderung der Biotechnologie im Haushalt des BMBF aus den Zinersparnissen durch die UMTS-Erlöse auch nach dem Jahr 2003 fortsetzen?
45. Was geschieht mit den im Rahmen dieser Programme aufgebauten wissenschaftlichen Personalkapazitäten, sofern diese zusätzliche Förderung nach 2003 endet?
46. An welchen Krankheiten richtet die Bundesregierung in der Gesundheitsforschung gegenwärtig die Schwerpunkte ihrer Forschungsförderung aus?
47. In welchen Bundesressorts wird Forschungsförderung im Bereich des Gesundheitswesens im weiteren Sinne (z. B. Arbeitsschutz) betrieben, und welche Finanzmittel werden hierfür eingesetzt?
48. Was setzen hierzu die Bundesländer ergänzend an Finanzmitteln ein, und wie erfolgt die Koordinierung der Forschungsförderung im Gesundheitsbereich zwischen Bund und Ländern?
49. Was unternimmt die Bundesregierung in Hinblick auf die Früherkennung neuer Krankheiten?
Welche Finanzmittel werden für Forschungen in diesem Bereich in welchen Bundesressorts aufgewendet?
50. Was unternimmt die Bundesregierung im Hinblick auf die Prävention?
Welche Finanzmittel werden für Forschungen in diesem Bereich in welchen Bundesressorts aufgewendet?
51. Was unternimmt die Bundesregierung im Hinblick auf die Versorgungsforschung, die gerade im jüngsten Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen angemahnt wurde?
Welche Finanzmittel werden für Forschungen in diesem Bereich in welchen Bundesressorts aufgewendet?
52. Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle des verstärkten Tourismus bei der Ausbreitung von Krankheiten und welchen Stellenwert hat diese Gefährdung im Rahmen ihrer Forschungsförderung im Gesundheitsbereich?
53. Was hat die Bundesregierung angesichts der demographischen Entwicklung seit 1998 unternommen, um im Rahmen der Altersforschung rechtzeitig Problemlösungen für ältere Menschen zu erarbeiten?
54. Welche Defizite sieht die Bundesregierung in der Erforschung typischer frauenspezifischer Krankheiten und in der Entwicklung neuer Behandlungs- und Versorgungsformen, z. B. bei Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs, Herz- und Kreislauferkrankungen, Osteoporose, Rheuma, Ess-Störungen?

55. Durch welche Forschungsprojekte und mit welchen finanziellen Mitteln will die Bundesregierung diese Defizite beseitigen und die frauenspezifische Gesundheitsversorgung unter Berücksichtigung frauenspezifischer psychosozialer Aspekte verbessern?

V. Informationstechnik/Wissengesellschaft/weitere Schlüsseltechnologien

56. Welche Bedeutung hat die staatliche Forschungsförderung der Informationstechnik in der Wissensgesellschaft?

57. Welche Funktion hat der Ausbildungssektor in der Wissensgesellschaft und welchen Beitrag leistet hierbei der Staat?

58. Im welchem Umfang wird die Informationstechnik durch die Rahmenbedingungen des Staates beeinflusst, beispielsweise bei der Sicherheit der Informationstechnik und dem Schutz von geistigem Eigentum?

59. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Entwicklung der staatlichen Förderung der Mikroelektronik?

60. Reicht der minimale Anstieg der Ausgaben für wichtige Schlüsseltechnologien wie Produktionstechnik und neue Materialien um 1,1 bzw. 0,8 % im Haushaltsentwurf 2002, um den internationalen Anschluss Deutschlands in diesen Bereichen zu gewährleisten?

61. Wie will die Bundesregierung Forschung und Entwicklung in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie angesichts sinkender bzw. stagnierender Mittel im Haushaltsentwurf 2002 künftig in ausreichender Form unterstützen?

62. Durch welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu erreichen, dass die im Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetz (RAÜG) vorgesehene Einbindung weiterer Bundesressorts (neben dem BMBF) in die deutschen Raumfahrtaktivitäten verstärkt wird, und aus welchen Gründen lehnt die Bundesregierung die Wiedereinsetzung eines Kabinettausschusses Raumfahrt und eines entsprechenden Staatssekretärsausschusses zur besseren Koordinierung und Bündelung der deutschen Raumfahrtaktivitäten ab?

VI. Forschung, Entwicklung und Innovation im Mittelstand

63. In welchem Umfang und mit welchen Vorhaben fördert die Bundesregierung seit 1998 jährlich Forschung und Entwicklung im Mittelstand (BMBF und BMWi)?

64. In welchem Umfang und mit welchen Vorhaben fördert die Bundesregierung seit 1998 jährlich speziell die Industrieforschung in den neuen Bundesländern (BMBF und BMWi)?

65. Wie wird die Förderung der Industrieforschung zwischen BMBF und BMWi abgestimmt?

66. Wie hat sich die Ende 1998 erfolgte Verlagerung der Projektförderung vom BMBF auf das BMWi auf die Industrieforschung ausgewirkt?

67. Warum sinken die staatlichen Fördermittel für mittelstandsbezogene Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Haushaltsentwurf – insbesondere die Förderung der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF), der Forschungskooperation, der Innovationskompetenz und der Industrieforschung in den neuen Bundesländern – insgesamt um rund 5 %?

68. Wie will die Bundesregierung trotz sinkender staatlicher Fördermittel und angesichts des Wegfalls der UMTS-Mittel nach 2003 die Industrieforschung in den neuen Bundesländern, die trotz positiver Entwicklung laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) noch auf lange Sicht Unterstützung braucht, ausreichend stärken?

Berlin, den 16. Oktober 2001

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Thomas Rachel
Ilse Aigner
Dr. Maria Böhmer
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Norbert Hauser (Bonn)
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Werner Lensing
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Hans-Peter Replik
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Erika Schuchardt
Bärbel Sothmann
Angelika Volquartz
Heinz Wiese (Ehingen)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

